
Schnegg kürzt Beitrag für Behindertenorganisation

Budget Die Sparpläne des Gesundheitsdirektors stossen auf Widerstand. Nun wurde eine Petition eingereicht.

Der bernische Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP) setzt bei der Behindertendachorganisation den Rotstift an. Seine Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) zahlt ab nächstem Jahr nur noch 140'000 statt 250'000 Franken an die Kantonale Behindertenkonferenz Bern (KBK). Diese vertritt 40 Organisationen, darunter Insime, Procap oder die MS-Gesellschaft. Mit dem Kanton Bern hat sie seit über zehn Jahren einen Leistungsvertrag. Gegen die geplanten Kürzungen wehrt sich die Konferenz nun mit einer Petition, die am Dienstag lanciert

wurde. Als Dachorganisation koordiniert die KBK die Anliegen der Betroffenen und vertritt sie gegenüber den Behörden. So war sie etwa stark in die Entwicklung des Berner Modells involviert. Dieses Modell ermöglicht Menschen mit Behinderung, die Wohnform selbst zu bestimmen – bald soll das Pilotprojekt vom Grossen Rat im Behindertenleistungsgesetz definitiv verankert werden.

«Die Strukturen der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Menschen mit Behinderung haben sich bewährt», sagt KBK-Geschäftsleiterin Yvonne

Brütsch. «Wenn Regierungsrat Schnegg diese Arbeit nicht mehr finanziert, schwächt er die Strukturen.»

Andere Ausrichtung

Die GSI bestätigt die Kürzungen. «Wir finanzieren weiterhin Dienstleistungen für Direktbetroffene, aber nicht Verbandsaufgaben», sagt Sprecher Gundekar Giebel. So hat die GSI die verbleibenden 140'000 Franken hauptsächlich für die Infoplattform Participa gesprochen. Auf dieser Website erklärt die KBK die Behindertenpolitik des Kantons und stellt Informationen, Tipps

sowie Kontaktadressen für den Alltag, die Arbeit oder Freizeit von Menschen mit Behinderung bereit. Darauf sei der Leistungsauftrag künftig ausgerichtet, aber nicht auf die Unterstützung des Verbands, so Giebel.

Zwei Forderungen

Auf diese Unterstützung sei man aber angewiesen, betonen KBK-Mitglieder in der Mitteilung der Dachorganisation. Eine zentrale Stelle sei wichtig. «Als Organisation, die hauptsächlich ehrenamtlich arbeitet, sind wir nicht in der Lage, uns eine Übersicht über alle relevanten Themen zu

verschaffen und zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu intervenieren», wird Manuela Kocher, Präsidentin von Autismus Bern, zitiert. Den Mitgliedorganisationen fehlen gemäss KBK die finanziellen Mittel, um die nun entstehende Lücke zu schliessen.

In ihrer Petition fordert die KBK, dass der Kanton die heutigen Leistungen weiterhin finanziere. Ausserdem müsse im Behindertenleistungsgesetz der systematische Einbezug der Menschen mit Behinderungen verankert werden.

Brigitte Walser

Schnegg kürzt Beitrag für Behindertenorganisation

Budget Die Sparpläne des Gesundheitsdirektors stossen auf Widerstand. Nun wurde eine Petition eingereicht.

Der bernische Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP) setzt bei der Behindertendachorganisation den Rotstift an. Seine Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) zahlt ab nächstem Jahr nur noch 140'000 statt 250'000 Franken an die Kantonale Behindertenkonferenz Bern (KBK). Diese vertritt 40 Organisationen, darunter Insime, Procap oder die MS-Gesellschaft. Mit dem Kanton Bern hat sie seit über zehn Jahren einen Leistungsvertrag. Gegen die geplanten Kürzungen wehrt sich die Konferenz nun mit einer Petition, die am Dienstag lanciert

wurde. Als Dachorganisation koordiniert die KBK die Anliegen der Betroffenen und vertritt sie gegenüber den Behörden. So war sie etwa stark in die Entwicklung des Berner Modells involviert. Dieses Modell ermöglicht Menschen mit Behinderung, die Wohnform selbst zu bestimmen – bald soll das Pilotprojekt vom Grossen Rat im Behindertenleistungsgesetz definitiv verankert werden.

«Die Strukturen der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Menschen mit Behinderung haben sich bewährt», sagt KBK-Geschäftsleiterin Yvonne

Brütsch. «Wenn Regierungsrat Schnegg diese Arbeit nicht mehr finanziert, schwächt er die Strukturen.»

Andere Ausrichtung

Die GSI bestätigt die Kürzungen. «Wir finanzieren weiterhin Dienstleistungen für Direktbetroffene, aber nicht Verbandsaufgaben», sagt Sprecher Gundekar Giebel. So hat die GSI die verbleibenden 140'000 Franken hauptsächlich für die Infoplattform Participa gesprochen. Auf dieser Website erklärt die KBK die Behindertenpolitik des Kantons und stellt Informationen, Tipps

sowie Kontaktadressen für den Alltag, die Arbeit oder Freizeit von Menschen mit Behinderung bereit. Darauf sei der Leistungsauftrag künftig ausgerichtet, aber nicht auf die Unterstützung des Verbands, so Giebel.

Zwei Forderungen

Auf diese Unterstützung sei man aber angewiesen, betonen KBK-Mitglieder in der Mitteilung der Dachorganisation. Eine zentrale Stelle sei wichtig. «Als Organisation, die hauptsächlich ehrenamtlich arbeitet, sind wir nicht in der Lage, uns eine Übersicht über alle relevanten Themen zu

verschaffen und zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu intervenieren», wird Manuela Kocher, Präsidentin von Autismus Bern, zitiert. Den Mitgliedorganisationen fehlen gemäss KBK die finanziellen Mittel, um die nun entstehende Lücke zu schliessen.

In ihrer Petition fordert die KBK, dass der Kanton die heutigen Leistungen weiterhin finanziere. Ausserdem müsse im Behindertenleistungsgesetz der systematische Einbezug der Menschen mit Behinderungen verankert werden.

Brigitte Walser